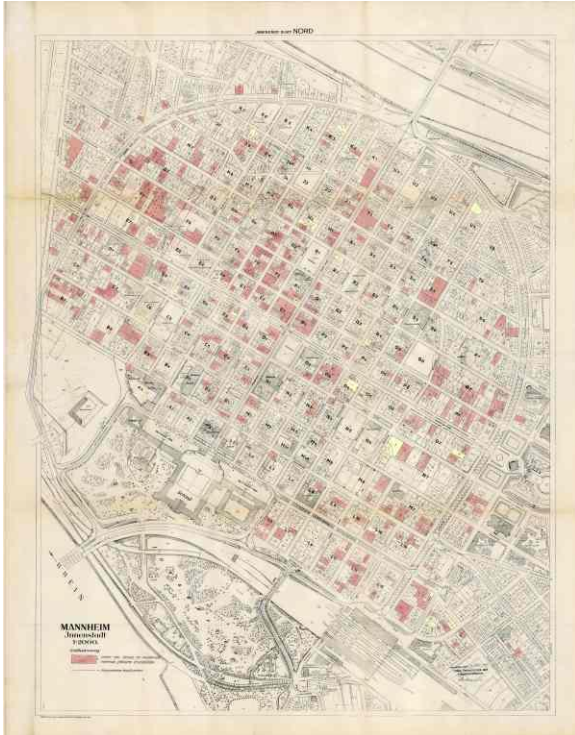


Verkauf jüdischer Grundstücke: Das Beispiel der Synagogen in Mannheim

Wie viele Grundstücke in ganz Deutschland ursprünglich in jüdischem Besitz waren, ist völlig unklar, und vermutlich wird man dies für das ganze Deutsche Reich nie rekonstruieren können. Für Mannheim liegen allerdings genaue Zahlen vor – vor allem dank dieser Karte, die nach 1945 von der Mannheimer Stadtverwaltung angefertigt wurde.



Stadtplan von 1949 mit arisierten Grundstücken der Stadt Mannheim
rosa=arisiert; gelb=wahrscheinlich arisiert

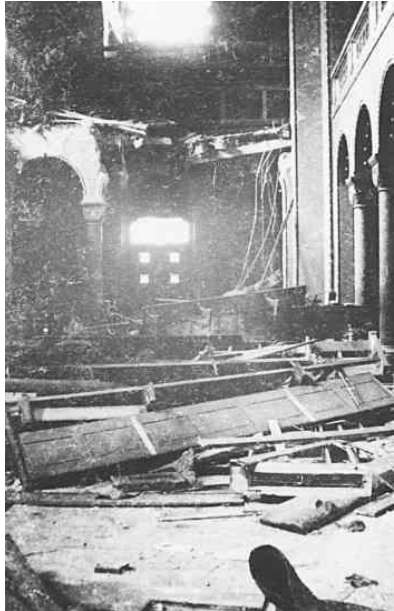
Quelle: Stadtarchiv Mannheim MA-ISG

Zu sehen sind die Quadrate, also die Innenstadt Mannheims, wo die Straßen nach Buchstaben benannt sind. Alle Grundstücke, die rot eingefärbt sind, waren ursprünglich einmal jüdisch; hinter jedem einzelnen dieser vielen roten Flecken steht also die Geschichte einer Arierisierung. Insgesamt konnte Christiane Fritsche 1.268 Grundstücke identifizieren, die sich in Mannheim einst in jüdischem Besitz befunden haben.

Reichsweit wurden Grundstücke erst nach der Reichspogromnacht verstärkt arisiert. Anders als die Arierisierung von Betrieben, die zu diesem Zeitpunkt zu weiten Teilen bereits abgeschlossen war, war jener 9.11.1938 bei der Grundstücksarisierung die entscheidende Zäsur. So fanden in Mannheim rund zwei Drittel der Grundstücksarisierungen nach der Reichspogromnacht statt; allein im Dezember 1938 wurden in Mannheim 70 jüdische Grundstücke verkauft, pro Tag also mehr als zwei Liegenschaften. Ein Grund für diesen sprunghaften Anstieg der Grundstücksverkäufe war die Judenvermögensabgabe, denn um sie zahlen zu können, mussten sich viele Juden von ihrem Grundbesitz trennen. Außerdem war den deutschen Juden nach dem Gewaltexzess der Reichspogromnacht endgültig bewusst geworden, dass sie im Deutschen Reich keine Zukunft mehr hatten, und wer irgendwie konnte, emigrierte nun und verkaufte im Zuge der Auswanderung sein Grundstück – auch, um die diversen Abgaben leisten zu können, die bei einer Emigration anfielen.

Angesichts dieses Überangebots befanden sich die Kaufpreise für Immobilien im freien Fall, und so gelang es vielen Firmen oder Privatpersonen, zu einem günstigen Preis ein Grundstück zu erwerben. In Mannheim war der größte Profiteur der Grundstücksarisierung jedoch die Stadt selbst. Belegt sind 118 Grundstücksübertragungen aus jüdischem Besitz an die Kommune. Die Stadt Mannheim trat damit in 12,4% der insgesamt für Mannheim registrierten Grundstücksübertragungen als Ariseur auf. Alles in allem erwarb die Stadt Mannheim im Dritten Reich eine Fläche von über 380.000 qm aus jüdischem Besitz und gab dafür mindestens 2,5 Mio. RM aus. Wie die Stadt Mannheim profitierten Städte und Gemeinden reichsweit in hohem Maße von der Grundstücksarisierung und erwarben Grundstücke zu Schleuderpreisen. Die Stadt Mannheim war jedoch nicht nur der größte Profiteur der Grundstücksarisierung, sondern die Stadtverwaltung trat oft besonders rücksichtslos auf. So erwarb die Kommune jüdische Grundstücke zum Teil zu auffallend niedrigen Preisen. Beim Kauf von vier Bauplätzen für weniger als 9 RM pro qm von einer jüdischen Erbgemeinschaft fragte selbst das badische Finanz- und Wirtschaftsministerium, das alle Kaufverträge über jüdische Grundstücke genehmigen musste, bei der Stadt nach, warum der Kaufpreis so niedrig sei. Außerdem sorgte die Stadt Mannheim, wenn es mehrere Interessenten für ein Grundstück gab, stets dafür, dass sie zum Zuge kam, so setzte sie sich über bereits im Grundbuch eingetragene

Vorverkaufsrechte hinweg oder erreichte, dass bereits geschlossene Verträge wieder aufgehoben wurden, wie beim Grundstück mit der Feudenheimer Synagoge in einem Vorort von Mannheim. Eigentlich hatte die jüdische Gemeinde das Grundstück im Sommer 1940 bereits verkauft, doch wurde auf Initiative der Stadt Mannheim dieser Vertrag aufgehoben und stattdessen das Grundstück an die Stadt Mannheim verkauft. Dass letztendlich die Stadt Mannheim und keine Privatperson die ehemalige Feudenheimer Synagoge kaufte, war kein Einzelfall, denn die Stadt Mannheim arisierte mehr als die Hälfte der Grundstücke, die ursprünglich der jüdischen Gemeinde oder jüdischen Vereinen gehört hatten – kein Einzelfall, denn auch anderswo sicherten sich die Stadtverwaltungen insbesondere die jüdischen Friedhöfe und Synagogen, die meist in repräsentativer Lage im Herzen der Städte lagen. In Mannheim kaufte die Kommune den jüdischen Friedhof und das Grundstück, auf dem sich die Hauptsynagoge befand.



links: Die zerstörte Hauptsynagoge von Mannheim in F2, 13, Mitte November 1938
rechts: Innenraum der ehemaligen Mannheimer Hauptsynagoge, 1952

Quelle: Stadtarchiv Mannheim MA-ISG

Die Mannheimer Hauptsynagoge war 1851 im byzantinischen Stil errichtet worden. Sie war keine traditionelle Synagoge, denn als erste Synagoge in ganz Baden hatte sie eine Orgel. Bei der Reichspogromnacht wurde sie schwer zerstört; es wurde sogar Sprengstoff eingesetzt. Der damalige Rabbiner Karl Richter konnte das Bild des zertrümmerten Gotteshauses "nie vergessen", wie er in den 1980er Jahren schrieb, die "rauchgeschwärzte[n] Wände, [...] Gebetbücher und zerrissene Thorarollen auf dem Boden". Das Dach hatte eine große Öffnung, durch die Tauben herein- und herausflogen. Ein gutes halbes Jahr nach der Reichspogromnacht, am 31.8.1939, kaufte die Stadt Mannheim der jüdischen Gemeinde das Grundstück für 34.000 RM ab – und ging nach der Übergabe der Ruine rechtlich gegen den Vorstand der jüdischen Gemeinde Eugen Neter und andere Juden vor. Sie hatten die verwüstete Synagoge notdürftig aufgeräumt; nun bezichtigte sie die Mannheimer Stadtverwaltung, die metallenen Orgelpfeifen gestohlen und an einen Schrotthändler verschoben zu haben. Aus den Quellen ist nicht ersichtlich, ob Neter und die anderen tatsächlich wegen Diebstahls verurteilt wurden. Fest steht allerdings, dass sich die Stadt Mannheim während des Kriegs und auch danach nicht die Mühe machte, die Ruine abzutragen. Und so erinnerten die Reste der Synagoge als ein unfreiwilliges Mahnmal jeden, der daran vorüberging, daran, was im November 1938 Deutsche ihren jüdischen Mitbürgern angetan hatten. Erst Mitte der 1950er Jahre wurde die Ruine abgetragen.

Der Textauszug entstammt einem Vortrag von Christiane Fritsche bei den 15. Laupheimer Gesprächen am 22. Mai 2014 mit dem Titel "Ausgeplündert und aus der deutschen Wirtschaft vertrieben. "Arisierung" 1933–1945". Der Vortrag basiert auf dem einschlägigen Buch von Christiane Fritsche, *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt - Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, Ubstadt-Weiher* 2013.